

## Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aus Anlass der Erdbeben-, Tsunami- und Atomkatastrophe in Japan

1. Wir sind schockiert über die verheerenden Auswirkungen der Erdbeben-, Tsunami- und Atomkatastrophe in Japan. Die GEW spricht den Mitgliedern ihrer Partnergewerkschaft JTU, ihren Kolleginnen und Kollegen in den japanischen Bildungseinrichtungen sowie allen Opfern der Katastrophe und den Menschen in Japan ihre tiefe Anteilnahme und Solidarität aus. Über unsere weltweite Dachorganisation, die Bildungsinternationale, werden wir die japanischen Kolleginnen und Kollegen in den nächsten Wochen und Monaten unterstützen, soweit es in unserer Macht steht.
2. Als Bildungsgewerkschaft gehen wir in unserer tagtäglichen Arbeit von der Leitidee gleicher Lebens- und Bildungschancen aller Menschen aus. Wir sind dem Ziel eines menschenwürdigen und unversehrten Lebens der heutigen und künftigen Generationen verpflichtet. Die GEW bekräftigt daher ihre klare Absage an eine Nutzung der Atomenergie. Sie fordert die sofortige Zurücknahme der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und den umgehenden Einstieg in einen konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie.
3. Die GEW ruft die im Bildungsbereich tätigen Kolleginnen und Kollegen auf, Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei der Verarbeitung der Katastrophe in Japan zu unterstützen und sich in Lehre, Unterricht und Erziehung, in Arbeitsgruppen und öffentlichen Veranstaltungen kritisch mit den Gefahren der Atomkraft auseinanderzusetzen. Die GEW fordert die Verankerung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in den Lehrplänen und Curricula an Schulen und Hochschulen.
4. Die GEW erwartet von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Forschungsförderorganisationen sowie den einzelnen Forscherinnen und Forschern, dass sie die Folgen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit stets reflektieren und sich der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft stellen. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen Forschungs- und Technologiefolgen systematisch erforschen und die Ergebnisse einer öffentlichen Diskussion zugänglich machen.

Fulda, 17. März 2011